

ERGEBNISPAPIER MITGLIEDERBEFRAGUNG



Zusammenfassung

Die Umfrage hat gezeigt, dass der Arten- und Biotopschutz, die Sicherung und Entwicklung öffentlicher Grünflächen sowie Öffentlichkeitsarbeit und Umweltbildung auch in Zukunft die bestimmenden Themen im Bereich des kommunalen Naturschutzes sind. Für deren Umsetzung kommt ein Mix aus klassischem Verwaltungshandeln, beispielsweise in Form von Eingriffs-Ausgleichsmaßnahmen, und kooperativen Ansätzen mit gesellschaftlichen aber auch öffentlichen Akteuren außerhalb der eigenen Verwaltung zum Tragen. Letzteres wird in allen Bereichen des kommunalen Naturschutzes von der Finanzierung und Umsetzung einzelner Maßnahmen bis hin zum Monitoring und der Evaluation erkennbar. Sowohl was die Inhalte als auch die angewendeten Instrumente betrifft kommt damit eine integrierte Betrachtung von Mensch und Natur im urbanen Umfeld zum Ausdruck, was eine aktuelle Entwicklung im Naturschutz widerspiegelt: Ohne der Natur ihre letzten Refugien zu nehmen, soll der Mensch durch Naturerfahrung und Umweltbildung zur Natur hingeführt und nicht von ihr ausgeschlossen werden. Für die Planung entsprechender Maßnahmen setzen die Kommunen bislang vor allem auf konkrete Arten- oder Biotopschutzpläne und weniger auf übergeordnete, strategische Instrumente. Trotz des momentan regen Interesses für das Thema „Kommunale Biodiversitätsstrategien“ bleibt daher abzuwarten, ob sich diese in der kommunalen Praxis tatsächlich durchsetzen können. Den eingangs genannten Themen sollte sich nach Meinung der Teilnehmer/innen auch das Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ in Zukunft verstärkt zuwenden. Unterstützung erhoffen sich die Kommunen vor allem in Form von Handreichungen, Weiterbildungsangeboten sowie mit Hilfe der neuen Medien. Auch die politische Lobbyarbeit und die Förderung des interkommunalen Austausches werden als wichtige Handlungsfelder genannt.

1

Teilnehmer

Insgesamt 57 Kommunen haben sich an der Umfrage beteiligt, darunter 45 Bündnismitglieder. Das Größenspektrum reicht von Kommunen mit unter 1.000 bis hin zu Kommunen mit mehr als 1.000.000 Einwohnern.

I. Ziele

42 der 57 teilnehmenden Kommunen geben an, einen Landschaftsplan erarbeitet zu haben. Der Landschaftsplan ist damit das am häufigsten angegebene Planungsinstrument. Freiwillige Planungskonzepte, welche einen übergeordneten, strategischen Ansatz verfolgen, wie Biodiversitätsstrategien (10) oder Leitbilder (16), kommen hingegen vergleichsweise selten zum Einsatz. Die teilnehmenden Kommunen orientieren sich bei ihren Naturschutzmaßnahmen bislang eher an konkreten Arten- oder Biotopschutzplänen (22/23) und konzentrieren sich damit auf einzelne Teilbereiche des kommunalen Naturschutzes.

ERGEBNISPAPIER MITGLIEDERBEFRAGUNG



Unterstützung für die Erarbeitung von Planungskonzepten erhoffen sich die Kommunen vor allem in Form von Handreichungen, Weiterbildungsangeboten sowie mit Hilfe der neuen Medien. Dies bestätigt die aktuelle Schwerpunktsetzung der Bündnisarbeit, die sich bislang vor allem auf die genannten Punkte bezieht. Etwas überraschend wünschen sich hingegen nur elf Teilnehmer/innen eine Beratung durch andere Bündniskommunen.

2

II. Handlungsfelder

Sowohl für die eigene Kommune als auch für den kommunalen Naturschutz im allgemeinen sehen die Teilnehmer/innen in den Bereichen des Arten- und Biotopschutz, der Grün- und Freiflächen beziehungsweise des ökologischen Grünflächenmanagements sowie der Öffentlichkeitsarbeit und Umweltbildung zukünftig den dringendsten Handlungsbedarf. Vor allem die zuletzt genannten Bereiche zielen auf eine integrierte Betrachtung von Mensch und Natur im urbanen Umfeld ab und spiegeln damit eine aktuelle Entwicklung im Naturschutz wider: Ohne der Natur ihre letzten Refugien zu nehmen, soll der Mensch nicht von der Natur ausgesperrt, sondern durch Erleben zur Natur hingeführt werden. Hierzu bedarf es naturnaher Flächen im unmittelbaren Lebensumfeld sowie eine Sensibilisierung der Bürger/innen für deren Bedeutung und nachhaltige Nutzung.

III. Instrumente, Verfahren, Maßnahmen

Diese Entwicklung wird auf Maßnahmenebene insofern bestätigt, dass Verbote (5) und Gebote (7) nur von wenigen Kommunen als ein „sehr wichtiges“ Instrument im Rahmen ihrer Bemühungen für den Naturschutz beurteilt wurden. Umgekehrt wurden Umweltbildung (26), Aufklärung (24) oder auch kommunale Förderprogramme für Bürger/innen (20) mit am häufigsten als „sehr wichtig“ eingestuft. Auch hier stehen jedoch die Landschaftsplanung (26) sowie Eingriffs-Ausgleichs-Maßnahmen (34) an erster Stelle.

IV. Akteure

Insgesamt geben nur 17 Teilnehmer/innen an, dass es in ihrer Kommunen eine verwaltungsübergreifende Zusammenarbeit für den Themenbereich des Naturschutzes gibt. Angesichts der Tatsache, dass dieser immer häufiger als Querschnittsthema dargestellt wird, eine eher überraschende Zahl. Weniger überraschend sind hingegen die Angaben jener Kommunen, die eine solche Zusammenarbeit praktizieren: Kooperiert wird vor allem mit Ämtern/Abteilungen/Fachbereichen aus dem Bereich Umwelt, Bauen und Planung.

Auch die Kooperationspartner außerhalb der Kommunalverwaltung entsprechen den Erwartungen: Hier wurden mit deutlichem Abstand die lokalen Umwelt- und Naturschutzverbände (54) sowie übergeordnete Behörden (54) am häufigsten miteinbezogen. Auch Landwirte (45) und externe Berater (45) werden von der Mehrheit der Teilnehmer/innen genannt. Potential für zukünftige Kooperationen bietet vor allem die lokale Wirtschaft. Nur zwölf Kommunen geben an, mit lokalen Unternehmen zusammenzuarbeiten – auch im Hinblick auf Finanzierungsfragen des kommunalen Naturschutzes scheint hier noch viel Potential brach zu liegen.

ERGEBNISPAPIER MITGLIEDERBEFRAGUNG



V. Monitoring

Monitoring findet in den teilnehmenden Kommunen vor allem artenbezogen und im Außenbereich statt. 44 Kommunen greifen hierzu auf die Hilfe externer Akteure zurück, wobei den Fach- und Planungsbüros (24) sowie den lokalen Naturschutzverbänden (22) eine herausragende Bedeutung zukommt. Monitoringergebnisse werden schließlich vor allem im Sinne der Erfolgskontrolle und -dokumentation sowie zur Festlegung zukünftiger Handlungsfelder genutzt.

Bemerkenswert: Obwohl die Grün- und Freiflächen im Siedlungsbereich zunehmend in den Fokus des kommunalen Naturschutzes rücken, gibt es nur vier Kommunen, die angeben, die Freiraumversorgung/Erreichbarkeit von Grünflächen systematisch zu erfassen.

VI. Finanzierung

Dass der moderne Naturschutz soweit wie möglich auf die Kooperation verschiedenster gesellschaftlicher Gruppen setzt, wird auch im Bereich der Finanzen deutlich: Fast die Hälfte der teilnehmenden Kommunen setzt zur Finanzierung von Naturschutzmaßnahmen auf bürgerschaftliches Engagement (25). Die meisten Angaben finden sich jedoch erwartungsgemäß für die Finanzierung über das Ökokonto (47), gefolgt von öffentlichen Fördermitteln (31).

In allen Bundesländern gibt es Naturschutz- oder Umweltstiftungen die auch Projekte von und in Kommunen fördern. Auch private Stiftungen engagieren sich zum Teil im Bereich des kommunalen Naturschutzes. Trotzdem geben nur neun der teilnehmenden Kommunen an, solche Mittel in Anspruch zu nehmen. Ein Liste aller Landesstiftungen für Naturschutz sowie privater Stiftungen finden Sie unter: www.kommunen-fuer-biologische-vielfalt.de/149.html.

VII. Weitere Ideen, Vorschläge, Feedback

Nach Meinung der teilnehmenden Kommunen sollte sich das Bündnis in Zukunft vor allem auf Aktivitäten im Bereich der politischen Lobbyarbeit konzentrieren und den fachlichen Austausch zwischen den Kommunen stärken. Bezüglich der dabei zu verfolgenden Inhalte decken sich die Angaben mit den Themen aus dem Themenbereich „II. Handlungsfelder“. Arten- und Biotopschutz, die Entwicklung und Sicherung von Grünflächen sowie Landwirtschaft sind die bestimmenden Themen. Die Umsetzung eigener Projekte wird hingegen als weniger wichtig eingestuft.